

Die AfD – rechtspopulistisch, konservativ, neoliberal?

Gerd Wiegel, 10. Juni 2014

Seit vielen Jahren wird in Deutschland darüber spekuliert, wann eine Partei rechts der Union erfolgreich die politische Bühne betritt, denn das Potenzial für eine solche Partei – so die Einstellungsforschung – sei auch in Deutschland vorhanden. „Auch in Deutschland“ heißt es, denn Erfolge von Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums sind in Europa inzwischen an der Tagesordnung. Mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014 werden verschiedenen dieser Parteien – so dem „Front National“ in Frankreich oder der „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders in den Niederlanden – fulminante Wahlergebnisse prognostiziert, die sie zu stärksten Parteien in ihren Ländern machen könnten.

Ob mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) auch hierzulande einer Partei rechts des etablierten Konservatismus eine längerfristige und erfolgreiche Verankerung im Parteienspektrum gelingt, werden die Europawahlen zeigen. Nach dem relativen Erfolg der AfD bei den Bundestagswahlen (4,7 Prozent) befindet sich die Partei gegenwärtig in einer kritischen Situation, die für neue Parteien und auch für Parteien der politischen Rechten nicht ungewöhnlich ist. Inhaltlich findet in der AfD eine heftige Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Partei statt. Soll sie den als national-liberal zu bezeichnenden Weg einer eurokritischen, wirtschaftsliberalen und an den Interessen eines bestimmten, mittelständischen Segments des deutschen Kapitals ausgerichteten Kurs weiterverfolgen oder soll sie stärker die Kernthemen des modernen Rechtspopulismus bedienen, also Antiislamismus, die Ethnisierung der sozialen Frage und die nationalen deutschen Interessen auch verbal stärker nach außen tragen?

Noch im Januar 2014 schrieb Alexander Gauland, einer der Sprecher der AfD, in der FAZ (24.1.2014) von einer unübersehbaren Krise der Partei. Jedoch führte der Europa-Parteitag Ende Januar zu einer gewissen Stabilisierung der AfD, die nach einzelnen Umfragen mit bis zu 7 Prozent bei den Europawahlen rechnen kann.

Die AfD im politischen Spektrum

Die AfD ist eindeutig eine Formation der politischen Rechten. Sie vertritt ein konservatives Familienbild, steht für eine marktradikale, an mittelständischen Interessen orientierte Wirtschaftspolitik, für einen bisher vor allem ökonomisch motivierten Abwehrnationalismus und eine Politik des „Deutschland zuerst“. Die AfD ist aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrer bisher bekannten Positionen eindeutig eine elitäre, ständische Partei. Ihr Demokratieverständnis speist sich aus dieser Elitensicht und zielt auf den Abbau demokratischer Rechte und eine stärkere Elitenherrschaft. Schließlich steht die AfD, wie alle politischen Organisationen der Rechten, für eine Ideologie der Ungleichheit, also gegen jede Form der Umverteilung von oben nach unten. Nationalliberal und in Ansätzen rechtspopulistisch kennzeichnet die AfD gegenwärtig vielleicht am besten.

Mit der verstärkten Betonung dieser rechtspopulistischen Elemente könnte die AfD für den nicht unerheblichen Teil des WählerInnenspektrums interessant werden der, den Forschungen von Heitmeyer (Deutsche Zustände) und Brähler/Decker (Die Mitte im Umbruch) zufolge, für solche Angebote empfänglich ist. Gleichzeitig läuft sie mit einer solchen Ausrichtung Gefahr, als Partei der extremen Rechten markiert und damit für einen Teil ihrer jetzigen WählerInnen unwählbar zu werden. Umgekehrt wird die vor allem wirtschaftsliberal und nationalistisch

begründete EU-Kritik als Thema an Zugkraft verlieren, je stärker die Krise aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet.

Die AfD wird, diese Prognose sei gewagt, den Spagat zwischen beiden Positionen probieren, um die heterogene Wählerschaft an sich zu binden, die sich in Ansätzen bei der Bundestagswahl erkennen ließ. Sie wird sich mit Personen wie Hans Olaf Henkel und anderen Vertretern der Eliten medienkompatibel präsentieren und gleichzeitig in den Ländern mit einem Personal auftreten, das auch schon mal den rechten Diskurs zu führen weiß.

WählerInnen und Themen

Die Wählerwanderungen zur AfD bei der Bundestagswahl haben viele Debatten ausgelöst, insbesondere in der Partei DIE LINKE. Nach der FDP mit 430.000 WählerInnen verlor DIE LINKE mit 340.000 Stimmen die zweitmeisten WählerInnen an die AfD. Motivation, Erwartung und Interessenlage dieser Gruppen dürften sehr unterschiedlich und auch in sich nicht homogen sein. Dennoch wird die nationalliberale Ausrichtung der AfD eher frühere WählerInnen der FDP angesprochen haben, wohingegen die Interessenlage der ehemaligen LinkswählerInnen weniger auf die neoliberale Ausrichtung der AfD bezogen sein dürfte, als auf die nationalistischen und auf Ethnisierung des Sozialen gerichteten Elemente.

Neoliberale Politik aus einer nationale Perspektive, ein Nützlichkeitsrassismus der Zuwanderung strikt an den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft ausrichtet, eine generelle Ethnisierung der sozialen Frage, mit der Einheimischen Schutz vor Konkurrenz gewährt wird und eine mindestens verbale Distanz zum etablierten Politikbetrieb – das sind die thematischen Erwartungen, die mit der AfD verbunden werden.

Die Erwartungen an die Europapolitik der AfD speisen sich aus einer neoliberal grundierten ordnungspolitischen Vorstellung und einem chauvinistisch aufgeladenen Abwehernationalismus: ‚Kein deutsches Geld für faule Griechen‘. Auf der einen Seite also marktradikale Elitenauffassung, auf der anderen Seite eine Schutzerwartung vor finanziellen Belastungen und eine chauvinistische Abgrenzung von den leistungsschwachen Südländern.

Kernthemen der AfD

EU und Euro

Auf ihrem Parteitag Ende Januar 2014 hat die AfD ihre europapolitischen Positionen konkretisiert. Zentral ist dabei der positive Bezug auf den Binnenmarkt, bei gleichzeitiger Ablehnung aller weiteren Vergemeinschaftungsschritte. So wird eine gemeinsame europäische Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik abgelehnt. Das Gewicht Deutschlands in der EU soll gestärkt und die restriktive Fiskalpolitik strenger gehandhabt werden. Es müsse den „stabilitätsorientierten Euroländern“ möglich sein, eine eigene Währungsunion zu bilden.

Mit dem Entwurf für ein Europaprogramm hat die AfD die marktradikale Position unterstrichen, für die auch die Kandidatur Hans Olaf Henkels steht. Nicht der Abbau von ökonomischen Ungleichgewichten in Europa geschweige denn eine Sozialunion sind Ziele der AfD, sondern die ökonomische und politische Abgrenzung von den schwächeren Teilen

der EU. Attraktiv auch für linke WählerInnen sind Positionen, in denen keine Steuergelder für marode Banken und die Beteiligung von Großanleger an den Kosten der Rettungsmaßnahmen gefordert werden.

Die EU soll ausschließlich nach Marktkriterien und als ökonomischer Verbund betrieben werden, jede Form der politischen Gemeinschaft wird abgelehnt. Anders als von der deutschen Großindustrie, wird hier eine Politik der stärkeren Abgrenzung von Europa gefordert. Während erstere die Krise offensiv nutzen wollen, um das deutsche Modell des Neoliberalismus ganz Europa aufzudrücken, steht die AfD eher für das Modell einer defensiven Abgrenzung von Europa.

Zuwanderung

Laut AfD braucht Deutschland „qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung“, sie will jedoch eine Einwanderung in „unsere Sozialsysteme“ unterbinden. Soziale Transferleistungen sollen nur an SteuerzahlerInnen gehen. Die AfD vertritt hier eine marktkonforme Sicht, die sich vor allem am Bedarf der Wirtschaft orientiert. Integration wird gefordert aber nicht pauschal bestimmten Zuwanderergruppen abgesprochen.

Die gegenwärtige offizielle Parteiposition zum Thema Zuwanderung liegt ganz auf der Linie der allgemeine Mainstreamdebatte zum Thema. Allerdings gibt es momentan eine Debatte innerhalb der AfD, wie weit man sich für deutlich schärfere Positionen, z.B. zum Thema Islam, öffnen soll. In den Ländern finden sich bei Vertretern der AfD sehr viel schärfere Positionen, die dem kulturalistischen Rassismus der modernen europäischen Rechten entsprechen.

Demokratie

Beim Thema Demokratie spricht sich die AfD für mehr direktdemokratische Beteiligung, die Direktwahl von zentralen politischen Führungspositionen und die Zurückdrängung des Einflusses der Parteien aus. Hinter solchen Positionen steckt die Vorstellung einer individualisierten Elitendemokratie, jenseits aller kollektiven Interessenvertretung. Vor dem Hintergrund der immer stärkeren Abwendung der prekären und abgehängten Teile der Bevölkerung vom politischen Betrieb, soll die Forderung nach mehr direktdemokratischen Elementen vor allem dem Willen der Eliten zum Durchbruch verhelfen. Der Antiparteieneffekt zielt auf eine weitere Personalisierung von Politik. Kollektive Interessenvertretung, z.B. der abhängig Beschäftigten und Prekären, soll so ausgehebelt werden.

Bekannt geworden sind die Äußerungen des Vorstandmitglieds und Mitgründers der AfD, Konrad Adam, der sich positiv auf den Vorschlag bezog, das Wahlrecht nur noch an „Nettosteuerzahler“ zu geben, womit Arbeitslose, Empfänger von Transferleistungen und Geringverdiener vom Wahlrecht ausgeschlossen wären. Antidemokratische und auf Elitenvorrechte zielende Vorschläge finden sich zu Hauf bei Funktionären und Anhängern der AfD. So plädierte Hans Olaf Henkel für eine Abschaffung der Parteilisten und nur direkt wählende Abgeordnete, um so die Personalisierung der Politik voranzutreiben. Jörn Kruse, Landessprecher der AfD in Hamburg und Hochschullehrer an der Bundeswehrhochschule in

Hamburg, plädiert für die Einführung einer zweiten Kammer, so genannter „Fachräte“, in denen Experten die politischen Entscheidungen vorprägen. Verbunden damit ist die Vorstellung einer vom Parlament unabhängigen Expertenregierung, bestehend aus den bürgerlichen Eliten des Landes.

Unter dem Deckmantel der Ausweitung demokratischer Rechte (Bürgerentscheide, Direktwahl) wird hier für eine Form der Elitendemokratie geworben, die den Einfluss der subalternen Klassen weiter einschränken soll. Hier entpuppt sich die AfD als das was sie ist, eine demokratieeinschränkende Elitenprojekt. Dazu passen die Steuervorschläge der Partei, die sich auf das so genannte Kirchhoff-Modell beziehen. Nach diesem Modell würde der Spitzensteuersatz auf 25 Prozent gesenkt, was zu einer weiteren massiven Entlastung der Reichen und Superreichen führen würde.

Familie

Ein letzter Punkt ist die konservative Familienideologie der AfD. Die Definition der Familie als Keimzelle der Gesellschaft, die Forderung nach Geburtensteigerung und der Verweis, für die Erziehung der Kinder seien in erster Linie die Eltern zuständig, entsprechen einem auch in der Union gepflegten Familienbild. In einem internen Papier, das nach der Bundestagswahl die weitere programmatische Ausrichtung der Partei skizziert heißt es: „Traditionelle Familienorientierung“. Zum Thema Geschlechterpolitik heißt es im Europawahlprogramm: „Die AfD lehnt gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie ‚Gender Mainstreaming‘ ab (...).“

Umfeld der AfD

Die AfD hat personell, organisatorisch und inhaltlich Vorläufer die es lohnt, in den Blick zu nehmen. Neben parteipolitischen Vorläufern wie dem rechtspopulistischen Bund freier Bürger, aus deren Reihen auch einigebekannte Vertreter der AfD stammen (Joachim Starbatty, Karl Albrecht Schachtschneider), gibt es eine ganze Reihe von Vereinen, Organisationen und Stiftungen, die zum Umfeld der AfD gehören und aus deren Reihen sich ein Teil des Personal der Partei speist. Zu nennen sind hier etwa der *Bürgerkonvent*, der *Konvent für Deutschland*, das *Bündnis Bürgerwille*, die *Stiftung Familienunternehmer*, die *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, die *Mont Pelerin Society*, der *Liberale Aufbruch*, das *Aktionsbündnis direkte Demokratie*, die *Bundesvereinigung Freie Wähler*, die *Zivile Koalition u.a.m.*

Einiges Band der meisten dieser Organisationen ist ihre klassenmäßige Verortung in den ökonomischen Eliten, ihre marktradikale, neoliberale Grundausrichtung und ihr elitäres Demokratieverständnis, das auf den Abbau demokratischer Beteiligungsrechte setzt – oft unter dem Deckmantel der stärkeren Bürgerbeteiligung via Volksabstimmungen und Direktwahlen. Union und FDP werden nicht mehr als politische Heimat gesehen, da sie einer schleichenden Sozialdemokratisierung unterliegen. Gleiches gälte für die EU, die als „DDR-light“ oder als „EU-DSSR“ beschrieben wird.

Zum Umfeld der AfD gehört ebenfalls eine Reihe von Personen, die die Partei entweder aktiv unterstützen oder ihre Positionen vertreten und an die sie anknüpfen kann. Zu nennen sind

hier Hans Olaf Henkel, früherer BDI-Präsident und marktradikaler Kämpfer gegen jede Form des sozialen Ausgleichs; Peter Sloterdijk, der als Philosoph mit seiner Schrift „Revolution der gebenden Hand“ für die steuerliche Entlastung der Eliten eintritt und verbrieft soziale Rechte in Almosen der freiwillig gebenden „Leistungsträgern“ verwandelt sehen will. Schließlich ist auf Thilo Sarrazin zu verweisen, der mit seinem Buch zum Euro zahlreiche Positionen der AfD vertritt, auf dessen rassistische Thesen sich aber auch zahlreiche Funktionäre der AfD immer wieder berufen.

Die AfD repräsentiert mit ihren Positionen und diesem Umfeld einen minoritären Teil des deutschen Kapitals, der sich explizit gegen eine weitere Vergemeinschaftung der EU ausspricht (vgl. Heine/Sablowski 2013). Zu nennen ist hier in erster Linie der Verband der Familienunternehmer und die Stiftung Familienunternehmer so wie die Zivile Koalition e.V., aus deren Umfeld viele Sympathisanten und Mitglieder der AfD stammen. Während die Großindustrie und die vor allem exportorientierte deutsche Wirtschaft auf eine weitere Stützung des Euro setzen, will ein Teil des Mittelstandes die damit verbundenen Lasten nicht länger tragen. Die AfD und ihre Vorläufer – die *Wahlalternative 2013* oder das *Plenum der Ökonomen* – sind der politische Ausdruck dieser anderen Linie.

Linker Umgang mit der AfD

Für eine linke Gegenstrategie zur AfD wird es darauf ankommen, sie auf zentralen politischen Feldern inhaltlich anzugreifen, die Ansätze einer weiteren Rechtsentwicklung zu benennen und die von der AfD vertretenen sozialen Interessen, die sich an den mittelständischen Eliten orientieren, zu verdeutlichen.

Wichtigster Punkt ist dabei die Verdeutlichung der sozialen Interessen, die von der AfD vertreten werden. Hinter dem vermeintlichen Sachverstand der „Professorenpartei“ verbergen sich genau die politischen und ökonomischen Rezepte, die in die Krise geführt haben. Die Verschärfung der Hartz IV-Regelungen, der Abbau demokratischer Rechte für sozial prekäre Menschen, die Ablehnung jeder Form von Gleichstellungspolitik – diese Positionen finden sich bei Führungskräften der AfD zuhauf und müssen öffentlich dargestellt werden. Es muss gelingen der AfD die Attitüde des Anwalts der „kleinen Leute“ zu nehmen, mit der sie im linken WählerInnenpektrum wildert.

Zweitens wird es darauf ankommen, alle rechten, nationalistischen und rassistischen Tendenzen der Partei genau in den Blick zu nehmen und zu thematisieren. Die Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Ausrichtungen ist nicht vorbei und es wird weiterhin Versuche geben, die Partei auf einen noch rechteren Kurs zu bringen – vornehmlich beim Thema Zuwanderung und über die Länderebene. Strategisches Ziel muss es sein, der Union ein perspektivisches Bündnis mit der AfD unmöglich zu machen.

Schließlich sollte die Linke beim Thema Demokratie die Auseinandersetzung mit der AfD führen. Hier lässt sich die Verbindung von ökonomischen und klassenmäßigen Positionen am besten verdeutlichen. Die direktdemokratischen Positionen der AfD müssen als Ausdruck einer angestrebten Elitenherrschaft dargestellt und mit den Positionen zum Ausschluss sozial prekärer Menschen kontrastiert werden.

Literatur

Alexander Häußler, Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei?
Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Düsseldorf 2013

Frederic Heine, Thomas Sablowski, Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre
Widersprüche, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013

Andreas Kemper, Rechte Euro-Rebellen, Münster 2013